

Frankfurter Allgemeine  
SONNTAGSZEITUNG

## Pro Kapitalismus

Von Rainer Hank

Solidarität statt Kapitalismus war in großen Lettern auf den Transparenten zu lesen, mit denen die Protestbewegung Blockupy in den vergangenen Tagen durch Frankfurt zog. Das soll wohl heißen: Kapitalismus entsolidarisiert und spaltet die Gesellschaften; der kalte Markt macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Die Botschaft ist eingängig. Aber sie ist falsch.

Man wünschte den Demonstranten, sie könnten auf der Rückfahrt nach Hause heute einen Blick in die neueste Millenniumsstudie der Vereinten Nationen werfen, die am Freitag von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon vorgestellt wurde. Dort heißt es, dass die vergangenen 13 Jahre „den schnellsten Rückgang der Armut in der Geschichte der Menschheit gebracht haben“.

Wie konnte dieses für viele lange Zeit unvorstellbare Wunder passieren? Die Antwort mag die Antikapitalisten verblüffen: Es war nicht die Solidarität

der Entwicklungshilfe oder ein Verbot von Agrarspekulationen, das die Elenden aus ihrer Misere befreit hat. Es war der Kapitalismus pur, der es geschafft hat, dass in nur zwanzig Jahren zwischen 1990 und 2010 die Zahl der Armen in der Welt halbiert wurde. Das Wundermittel, das der Kapitalismus dafür anbietet, ist dasselbe, welches Adam Smith schon vor gut zweihundert Jahren empfahl: Offene Märkte als Bedingung des freien Handels führen zu Wachstum und Wohlstand der Nationen. Während zwischen 1960 und 2000 das durchschnittliche Wachstum in den Entwicklungsländern bei 4,3 Prozent lag, betrug es zwischen 2000 und 2010 sechs Prozent (wer es im Detail wissen möchte, kann sich das neueste Heft der britischen Zeitschrift „Economist“ besorgen).

Wachstum ist das Wunder, das den schnellsten Rückgang der Armut in der Geschichte brachte (solange jedenfalls die Gesellschaften nicht so ungleich sind, dass nur die Oberschichten die Früchte der Marktwirtschaft ernten). Heute leben grob gerundet

eine Milliarde Menschen weniger unter extrem unmenschlichen Bedingungen von Hunger und Krankheit als vor zwanzig Jahren. Allein in China fanden – trotz kommunistischem Regime – durch die Marktöffnung 680 Millionen Menschen einen Ausweg aus der Armut. In diesen Rechnungen gilt als „extrem arm“, wer weniger als 1,25 Dollar am Tag zum Leben zur Verfügung hat. Gewiss muss man hinzufügen, dass, wer über dieser Schwelle liegt, noch immer kein angenehmes Leben führt. Aber er muss nicht mehr verhungern.

Der wachsenden Schar der Antikapitalisten in allen Parteien und Kirchen der reichen Welt kann man in der Konsequenz den logischen Umkehrschluss dieses Wachstumswunders nicht ersparen: Ginge es nach den Kritikern, die seit dem Bericht des „Club of Rome“ Wachstum für materialistisches Teufelszeug halten, hätte es das Wunder der Halbierung der Armutszahlen nicht gegeben. Und würden wir alle ihren Boykottaufrufen Folge leisten und aufhören, T-Shirts aus Bangladesch und Turnschuhe aus China zu kaufen, hätten wir den Menschen dort den Ausweg aus der Armut versperrt (was natürlich keine Rechtfertigung todbringender Arbeitsbedingungen ist).

Noch nicht einmal die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise, die die reichen Länder des Westens in den vergangenen fünf Jahren heimgesucht hat und dem Antikapitalismus zu feil-letonistischem Erfolg verhalf, konnte die Armutsbefreiung in Asien aufhalten. Es ist genau umgekehrt: Die Wachstumsdynamik in Fernost hat dafür gesorgt, dass hierzulande Maschinenbauer und Autofirmen rasch wieder Aufträge erhielten und sie ihre Leute nicht entlassen mussten. Wenn dann demnächst die Europäer und Amerikaner aufhören, Afrika mit Handelshemmnissen zu bestrafen und ihre eigenen Waren zu subventionieren, könnte der Traum einer Welt ganz ohne extreme Armut am Ende schon 2030 wahr werden. Was dann wohl die Antikapitalisten sagen?

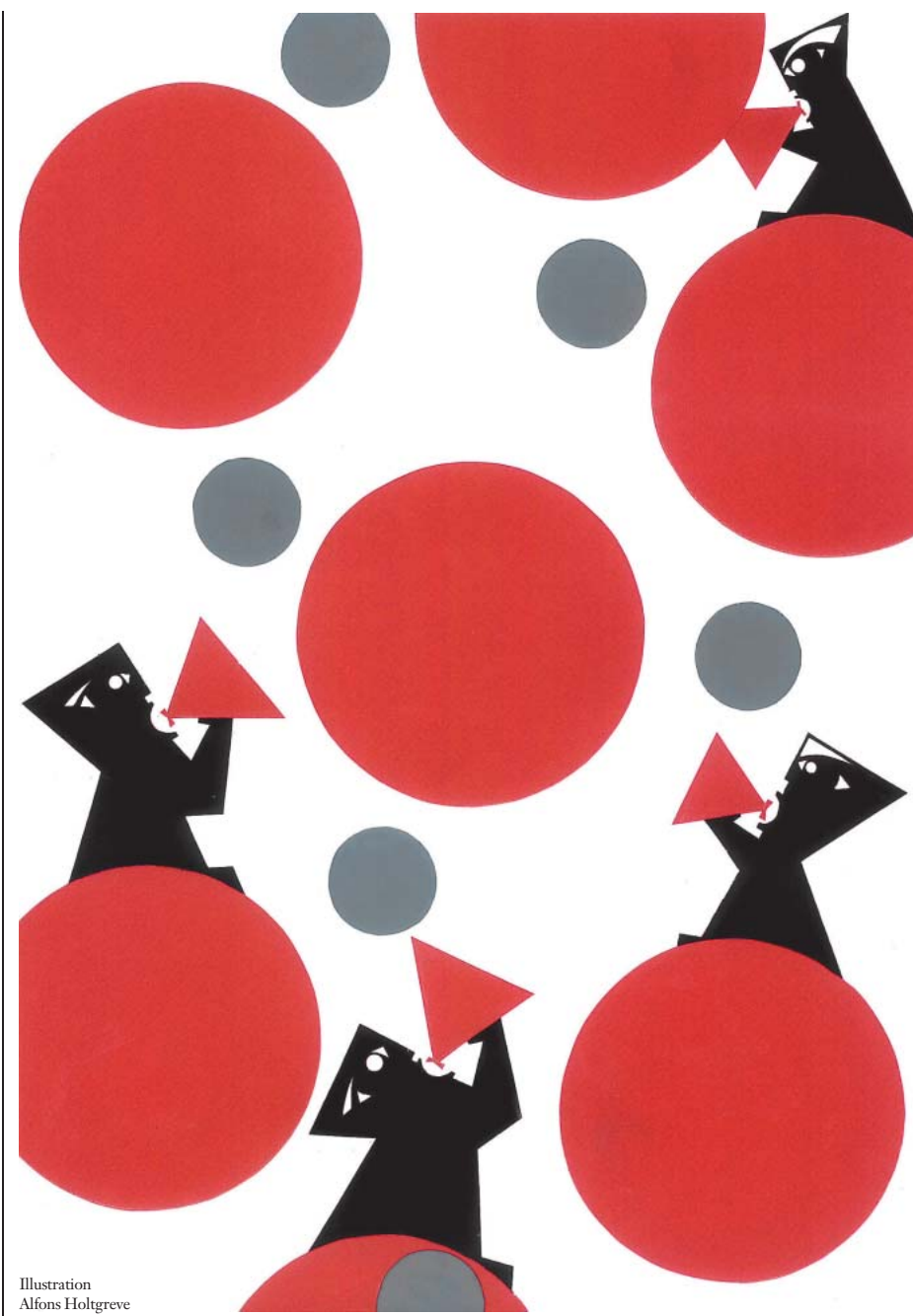
## Eine Wunderformel für das Klima

Wenn reiche Staaten die Preise für Treibhausgase neu verhandeln, profitieren arme Länder.

Die Idee ist denkbar einfach, doch an der Umsetzung scheitert die Menschheit seit zwei Jahrzehnten: Um die Klimaerwärmung einzudämmen, soll der Ausstoß von Treibhausgasen auf der ganzen Welt reduziert werden. Mitte der neunziger Jahre schien es, als seien nicht nur die Europäische Union, sondern auch die Vereinigten Staaten, Russland und die Schwellenländer bereit, sich in einem Abkommen zu einem gemeinsamen Einsparziel zu verpflichten. Doch je fester dieses Ziel während der folgenden UN-Klimakonferenzen gezurrt werden sollte, desto geringer wurde die Bereitschaft, sich tatsächlich bindenden Emissionszielen zu unterwerfen. Zielmarken verschwammen, wichtige Staaten scherten aus, schließlich weigerten sich die Vereinigten Staaten, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Heute glaubt niemand mehr an ein internationales Klimaabkommen in naher Zukunft, das diesen Namen verdient hätte. Ernsthaft verhandelt wird wohl erst wieder im Jahr 2015.

Für Ökonomen ist diese Geschichte des Scheiterns wenig verwunderlich. Sie wissen aus Hunderten Experimenten und Studien um die strukturellen Probleme, die solchen Verhandlungen zugrunde liegen. Eine Gruppe von Forschern um den amerikanischen Klimaökonom Steven Stoft hat sich daher zusammengetan, um die Gründe des Scheiterns aufzuzeigen und einen Weg aus der Misere zu weisen. „Es gibt momentan keine kohärente Stimme, mit der sich Ökonomen an der Debatte beteiligen. Wir hoffen, zur Lösung dieses Problems einen Beitrag leisten zu können“, sagt Stoft, der unter anderem das britische Energieministerium berät.

Stoft und sieben namhafte Mitstreiter, darunter Weltbankökonom Eduardo Ley und die Marktdesigner Peter Crampton (University of Maryland) und Axel Ockenfels (Universität zu Köln), haben jetzt ein Statement veröffentlicht, in dem sie der Staatengemeinschaft attestieren, seit Jahren auf dem Holzweg zu sein. In erster Linie bemängeln die Forscher eine Zerfaserung des ursprünglichen Vorhabens, nach dem sich Staaten zum gemeinsamen Handeln verpflichten sollten. „Heute entscheiden die Staaten freiwillig auf individueller Ebene – und nicht gemeinsam –, wie stark sie sich engagieren“, sagt Stoft. Unter dieser Voraussetzung könne es keine nennenswerten Fortschritte geben: Denn wer nicht darauf bauen kann, dass die anderen mitziehen, wird wenig Bereitschaft zeigen, in den Klimaschutz zu investieren. Altruismus alleine sei ein zu schwacher Anreiz. Die Staatengemeinschaft habe sich in ein Dilemma manövriert, beobachten die Volkswirte: Zwar könnten alle Staaten von abnehmenden Emissionen profitieren. Jeder Staat für sich genommen schreckt aber davor zurück, den ersten Schritt zu machen. Die erhoffte Kooperation könne so nicht zustande kommen.

Illustration  
Alfons Holzgerve

Ein verbindliches Abkommen für gemeinsame Maßnahmen könnte dieses Dilemma lösen und verhindern, dass Trittbrettfahrer eigene Bemühungen ausnutzen. Die ursprüngliche Idee der UN-Klimaverhandlungen und des Kyoto-Prozesses sei daher durchaus der richtige Ansatz, folgern die Forscher. Den Kardinalfehler, der ein starkes Abkommen verhindert habe, sehen sie jedoch darin, dass sich die Politiker in den Verhandlungen von Anfang an auf ein Emissionsziel – also eine bestimmte Menge an einzusparenden Treibhausgasemissionen – versteift hätten. „Dadurch ist eine Einigung fast unmöglich geworden“, kritisiert der Kölner Forscher Ockenfels. Feste Einsparziele für alle Vertragsparteien würden unter anderem ein Fairnessproblem schaffen, das die Zustimmung gerade für Entwicklungs- und Schwellenländer erschwere:

Warum sollte das wirtschaftlich aufstrebende Indien bereit sein, seine Emissionen im gleichen Maße wie die Vereinigten Staaten zu reduzieren – liegen die Treibhausgasemissionen auf dem Subkontinent pro Kopf doch auf dem Niveau der Amerikaner im 19. Jahrhundert?

Die Ökonomen machen sich für einen Neuanfang in den Verhandlungen stark: Künftig soll nicht mehr über die Emissionsmenge, sondern über einen für alle verbindlichen Preis je Tonne ausgestoßenes CO<sub>2</sub> diskutiert werden. Auf den ersten Blick mag das so wirken, als verschiebe sich das Problem dadurch nur auf einen neuen Schauplatz, bei genauerem Hinsehen werden jedoch einige Vorteile des alternativen Ansatzes sichtbar. Die Forscher halten ihn für aussichtsreicher, da es in den ärmeren Staaten als sehr viel gerechter angesehen werde, wenn sie

nicht zu Emissionseinsparungen gezwungen werden, sondern Emissionsrechte zu einem überall auf der Welt identischen Preis kaufen könnten. Zudem erleichtere ein fixer Preis die Planungssicherheit – sowohl für Staaten, die von den Einnahmen profitieren und frei über das Geld verfügen können, als auch für Unternehmen, die investieren möchten. Volkswirtschaftlich ist ein einheitlicher Preis verlockend, weil er sicherstellt, dass Emissionen dort eingespart werden, wo es sich lohnt. Es wird kein Geld verschwendet, betont Stoft. Wie sie den Preis für die Emissionen eintreiben, soll den Staaten überlassen werden, schlagen die Ökonomen vor. Steuern oder Handelssysteme mit Zertifikaten seien denkbar.

Aber was wäre der richtige Preis, mit dem alle leben können? Und wie kann die Last zwischen ärmeren und reicheren Ländern fair verteilt werden? Diese beiden zentralen Fragen lösen die Forscher mit einem in der Spieltheorie erprobten Trick, der sogenannten Rückwärtsindukti-

DER SONNTAGS  
ÖKONOM

VON JOHANNES PENNEKAMP

on: Zuerst gehen sie die Verteilungsfrage an, erst dann die Preisfrage. Das Konzept der Forscher sieht einen Klimafonds vor, der Geld von reichen zu ärmeren Ländern umverteilt. Im ersten Schritt sollen die Staaten über Quoten verhandeln, mit denen sie sich an dem Fonds beteiligen beziehungsweise von ihm profitieren. Erst wenn darüber Einigkeit besteht, die Staaten also absehen können, was auf sie zukommt, suchen sie beim Preis den größten gemeinsamen Nenner. Dieses Verfahren maximiert die Bemühungen zur Emissionsvermeidung, versprechen die Ökonomen. Geht der Plan der Forscher auf, werden aufstrebende, aber arme Länder für ihre Bemühungen entschädigt, Rücksicht auf das Klima zu nehmen. Die großen Emittenten wie die Vereinigten Staaten und Deutschland zahlen dagegen drauf. Die Forscher wissen, dass ihr Konzept kompliziert ist und sich nicht plakativ vermarkten lässt. Darum wollen sie in den kommenden Wochen erst einmal einflussreiche Ökonomen, Politiker und Naturwissenschaftler von ihren Ideen überzeugen. Wenn es um die Erfolgsaussichten ihres Konzepts geht, sind die Ökonomen zurückhaltend. Stoft: „Wenn in zwei bis drei Jahren breit über unseren Vorschlag diskutiert wird, wäre das ein großer Erfolg.“

Das Statement der Forscher (Statement on a Global Carbon-Price Commitment, 2013) sowie eine ausführliche Analyse ist abrufbar unter [www.price-carbon.info](http://www.price-carbon.info)

## Abbruch

POLITIK Zu „Obne Abschluss“ von Markus Webner (26. Mai):

Wer sich für unser Gemeinwesen hauptberuflich engagieren will, also in den öffentlichen Dienst strebt, muss eine Grundscheidungs treffen: Fachlich arbeiten und eine Laufbahn absolvieren (Laufbahnbeamter) oder Beziehungen aufbauen und Karriere machen (politischer Beamter). In der ersten Alternative wird er in die A-Besoldung einsortiert, in der zweiten in die B-Besoldung. In die A-Besoldung, zum Beispiel als Regierungsrat (A 13 = 3735,48 Euro Anfangsgrundgehalt), kann aber nur gelangen, wer die vorgeschriebene Vorbildung besitzt, zum Beispiel 1. und 2. Juristisches Staatsexamen. In die B-Besoldung als Staatssekretär (B 11 = 12 366,14 Euro festes Gehalt) kann man unabhängig von seiner Vorbildung gelangen. Wer es also nicht schafft, ein Studium abzuschließen, der kann in Ministerien und anderen öffentlichen Einrichtungen nur hoher Beamter werden mit der Folge, dass er Vorgesetzter der nachgeordneten Fachbeamten in der A-Besoldung wird. Die Studienabbrecher unter diesen Inhabern hoher Ämter lassen sich mit der einfachen Kontrollfrage „enttarnen“, ob sie die Voraussetzungen für eine Bezahlung nach der A-Besoldung erfüllen.

Dr. Gerhard Niemeier, Laufbahnbeamter in der Besoldungsgruppe A 16, Coesfeld

## Lebensgeschichte

POLITIK Zu „Großmutter, Jesus und die FDP“ von Markus Webner (12. Mai):

Selten habe ich einen derart schöngefärbten und unrecherchierten Artikel gelesen. Einzig richtig ist, dass der Abgeordnete Patrick Meinhardt das begonnene Hochschulstudium der Theologie nicht abgeschlossen hat. Daneben ist richtig, dass der Bildungspolitische Sprecher der FDP nicht einmal über eine Berufsausbildung

verfügt. Wer seine Lebensgeschichte kennt und ihn eine Zeitlang auf seinem Weg begleiten durfte, dem eröffnet sich ein anderes Bild. Meinhardt begann seine politische Karriere bei den Jungsozialisten und strebte sofort politische Ämter an. Sein offensichtliches – für viele unangenehmes – Streben nach politischen Ämtern, die dazu dienen sollten, hiervon leben zu können, wurde allerdings innerhalb der SPD früh erkannt. Meinhardt fiel nie durch politische Inhalte, sondern vielmehr durch bloßen Karrierismus auf. Da er sein Ziel des Berufspolitikers nicht schnell genug erreichte – übrigens auch von seinen Ämtern bei den Jungsozialisten in Baden-Baden abgewählt wurde –, trat er kurzerhand aus der SPD aus und in die FDP ein. Dies alles spielte sich in der Zeit seines Theologiestudiums ab, so dass er mehr bei politischen Veranstaltungen und Sitzungen als im Hörsaal der Universität zu finden war. Da er ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes in Anspruch nahm, versteht sich von selbst, dass eine Förderung nur so lange stattfindet, wie der Stipendiat seinen Pflichten nachkommt. Hieran mangelte es scheinbar bei Herrn Meinhardt. Die Liste der tatsächlichen Begebenheiten ließe sich beliebig fortsetzen und auch belegen. Ein aufopferungsvolles und selbstloses Leben des Herrn Meinhardt wird man hierbei allerdings nicht finden können.

Sven Bohnert, Baden-Baden

## Brief

POLITIK Zu „Sie haben es gewollt!“ von Albert Schäffer (5. Mai):

Ich habe diesen Brief Ihres Redakteurs an den Münchner Richter Manfred Götzl dreimal gelesen, um meine anfängliche Euphorie zu relativieren. Trotzdem halte ich diesen hervorragenden Artikel mit dem besonderen Hinweis auf unsere Rechtskultur für einen der besten und vor allem treffendsten in meiner langjäh-

## LESERBRIEFE



rigen Leserschaft – Abonnent seit 1962. Der Richter wird jetzt nichts mehr ändern (können), aber der Artikel weckt Hoffnung, dass durch eine kompetente Berichterstattung in überregionalen Tages- und Wochenzeitungen die breite Öffentlichkeit in Zukunft besser informiert werden kann. Darauf haben wir alle Anspruch!

Jürgen Blanke, Obertshausen

## Fracking

WIRTSCHAFT Zu „Fracking – müssen wir da mitmachen?“ von Winand von Petersdorff (26. Mai):

Einen entscheidenden Unterschied mache ich beim Thema Fracking noch aus. In den Vereinigten Staaten wird Fracking vorzugsweise in unbewohnten Halbwüsten, Tundren und Steppenlandschaften durchgeführt. In Deutschland

haben wir es mit Kulturland zu tun. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Amerikaner Fracking in Illinois, Kentucky, New Hampshire, Virginia, Vermont oder ähnlichen Bundesstaaten in größerem Umfang durchführen würden. Völlig unbekannt ist, inwieweit durch die Chemikalien die Bodenbakterien und damit das Pflanzenwachstum beeinträchtigt werden, nicht zu reden von einer Grundwasserverseuchung. Gönnen wir den Amerikanern das „billige“ Erdgas. Nach Erschöpfen dieser Quellen kommt wieder der Katzenjammer. Eine Nutzungsdauer von mehreren Jahrzehnten bringt uns nicht wirklich weiter. Uns bleiben grundsätzliche Fragen zur zukünftigen Energieversorgung nicht erspart.

Dr. Rinnert Siemssen, Wetter

## Respekt

SPORT Zu „Jobnmys Botschaft“ von Michael Eder (26. Mai):

Ich verneige mich mit tiefstem Respekt. Selten hatte ein Mensch eine stärkere und wichtigere Botschaft als Jonathan Heimes. Erst mal schweigend verharret man im Sessel angesichts einer derart ergreifenden und doch so richtungweisenden Geschichte in einer Welt, die so gerne das Belanglose inszeniert. Ein derart schweres Schicksal mit dieser inneren und äußeren Stärke zu meistern, ist in der Tat Inspiration. Es setzt Maßstäbe dafür, was Menschen zu leisten vermögen. Und sein Buch, welches ich sofort bestellt habe, verdient zweifelsohne größte Beachtung. Respekt gebührt auch Andrea Petkovic und Michael Eder für diesen Leuchtturm-Artikel. Bleib mein Herzenswunsch, den ich vermutlich mit allen Lesern teile, dass Jonathan Heimes es jetzt langfristig packt, es keine Chemotherapie Nummer 24 gibt und er ganz gesund wird.

Matthias Buck, Bad Soden am Taunus

## Schnitzer

LEBEN Zu „David gegen Goliath“ von Stuart Pigott (19. Mai):

Bei Ihrer Weinblindverkostung sind Ihnen beim mathematischen Handwerk einige Fehler unterlaufen, von denen die meisten klein und ohne Bedeutung sind, einer jedoch einen groben Schnitzer darstellt und recht schwerwiegende Konsequenzen nach sich zieht. Wenn der Durchschnittspreis der Jury auf XX,333333... endete (zum Beispiel beim „Kaitui“), haben Sie stets auf XX,34 aufgerundet, mathematisch korrekt wäre jedoch XX,33. Bei einem Jurypreis von XX,666666... haben Sie meist korrekterweise auf XX,67 aufgerundet (zum Beispiel beim „Großen Gewächs“) – jedoch nicht beim 2012er Riesling trocken vom Weingut Dr. Bürklin-Wolf, wo Sie auf 13,66 abrundeten. Das ist inkonsequent. Diese Rundungsfehler sind relativ belanglos, da sie das Ergebnis nicht wirklich verfälschen. Wirklich gravierend ist jedoch dieser: Beim 2010er Sancerre „La Chapelle des Augustins“ bewerteten die Juroren laut Text mit 9 Euro (Wagner), 20 Euro (Smusch) und 10 Euro (Pigott). Den Durchschnittspreis kann man jetzt sogar im Kopf ausrechnen:  $20+10+30 = 30$ , dann  $30 \div 3 = 10$  Euro. Sie schreiben jedoch „Preis der Jury: 11,34 Euro“ – eine Differenz von 1,66 Euro, in diesem Preissegment ausschlaggebend: Die Genuss-Preis-Relation dieses Weines verbessert sich mit dem korrekten Jury-Preis nämlich um 7 Prozentpunkte auf 52 Prozent auf 59 Prozent. Die restlichen Angaben sind allesamt korrekt.

Christoph Friedrich, (17 Jahre, 11. Klasse, Mathe-Leistungskurs), E-Mail

Leserbriefredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 60267 Frankfurt/Main, E-Mail-Adresse: [Sonntagszeitung.Leserbriefe@faz.de](mailto:Sonntagszeitung.Leserbriefe@faz.de)

Um möglichst viele Leserbriefveröffentlichungen zu können, sind wir leider häufig gezwungen, sie zu kürzen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

Laura Schröter, Wiesbaden, zu „Zum Tier erzogen“ von Claas Relotius (19. Mai)